**Sonder-Investitionsprogramm „Sportland Hessen“**

**Antrag auf Gewährung einer Landeszuwendung**

Adressat:

Hessisches Ministerium für Familie, Senioren,

Sport, Gesundheit und Pflege

Abteilung Sport

Sonnenberger Str. 2/2a

65193 Wiesbaden

|  |
| --- |
| **1. Antragsteller** |
| Antragsteller: (Verein/Kommune)      |
| Postanschrift für den Versand des Zuwendungsbescheides: (Straße, PLZ, Ort, bitte kein Postfach)      |
| Landkreis:       | Regierungsbezirk:       |
| Ansprechpartner/in:       | Telefon:       |
| E-Mail:       |
| Bei Vereinen: 1. Vorsitzende(r):       |
| Bei Vereinen: LSBH-Nummer:       | Ort Vereinssitz (lt. Vereinsregister-Eintrag):       |
| Ist der antragstellende Verein als gemeinnützig anerkannt?[ ]  ja (bitte Nachweis beifügen, nicht älter als 3 Jahre) [ ]  nein |
| **2. Kontoverbindung** |
| Die Landeszuwendung soll auf folgendes Konto des Vereins/der Kommune überwiesen werden:Name des Bankinstituts:      BIC:      IBAN:       |

|  |
| --- |
| **3a. Falls Antragsteller Verein: Kurzvorstellung Verein** |
| **Kurzvorstellung des Vereins** (z.B. Anzahl Mitglieder, Anzahl Jugendliche, Abteilungen, Beschreibung eigener vorhandener Sportstätten etc.. Die Vorlage der Vereinssatzung oder eines beispielhaften Mitgliedsantrages wird nicht benötigt):      |
| **3b. Falls Antragsteller Kommune: Kurzvorstellung Kommune** |
| **Vorstellung der Kommune** (z.B. Anzahl Einwohner, Beschreibung eigener vorhandener Sportstätten etc):      |
| **4. Zu fördernde Sportstätte(n)** |
| **Liegenschaft** (z.B. Vereinsheim auf dem Vereinsgelände, Sporthalle, Sportplatz, Tennisplatz, Reitplatz, Schießstand usw.):     **Anschrift** (Straße, Hausnummer, ggf. Ortsteil, Flurstücksnummer):     **Beschreibung** (z.B. Art der Sporthalle, Anzahl und Art der Sportplätze, Nutzung durch verschiedene Vereinsabteilungen, Belegungsplan bei Hallen usw.):      |
| **5. Sportstättendatenbank** |
| Alle Vereine und Kommunen sollen die ihr gehörenden Sportstätten in der Sportstättendatenbank des Landes Hessen pflegen. Hierzu finden Sie ein [Merkblatt](https://familie.hessen.de/sites/familie.hessen.de/files/infodamlocalcopy/2024-02/sportstaettendatenbank_schritt-fuer-schritt-anleitung_fuer_vereine_1.pdf) im Downloadbereich der Programmseite: Sportstätten-Identifikationsnummer:      Für Vereine: Alle vereinseigenen Sportstätten sind vollständig erfasst[ ]  ja [ ]  neinFür Kommunen: Alle kommunalen Sportstätten sind vollständig erfasst[ ]  ja [ ]  neinAnsprechpartner(in) der Organisation für die Sportstättendatenbank:siehe Nr. 1 [ ]  oder abweichender Ansprechpartner:       |

|  |
| --- |
| **6. Projektbeschreibung** |
| **Gegenstand des Vorhabens**(Was ist geplant? Dieses Feld darf nicht leer sein; ggf. kann ein ausführlicherer Bericht zusätzlich beigefügt werden.)**Kurztitel (**z.B. Sanierung des Vereinsheims oder Neubau eines Kunstrasenplatzes):     **Ausführliche Beschreibung:**       |
| **Zielstellung des Vorhabens:**(Warum soll die Maßnahme durchgeführt werden? Welcher Bedarf bzw. welche Notwendigkeit besteht? Dieses Feld darf nicht leer sein; ggf. kann ein ausführlicherer Bericht zusätzlich beigefügt werden.)      |
| **Durchführung des Vorhabens:**(Wie soll die Maßnahme umgesetzt werden? Bspw. Meilensteine, Bauzeitenplan. Sollen Fremdfirmen beauftragt werden? Soll eigenes Personal bzw. sollen Vereinsmitglieder die Arbeiten übernehmen („Eigenleistungen“), sollen eigene Geräte oder Materialien zum Einsatz kommen?)Dieses Feld darf nicht leer sein; ggf. kann ein ausführlicherer Bericht zusätzlich beigefügt werden.)      |
| **Durchführungszeitraum:**Die Maßnahme soll in der Zeit vom       bis      durchgeführt werden. |
| **7. Maßnahmenbeginn** |
| **Wichtiger Hinweis:** Die Maßnahme darf erst nach Erhalt des Bewilligungsbescheides begonnen werden. Vorzeitig begonnene Vorhaben sind von der Förderung ausgeschlossen! Dabei ist unbedingt zu beachten, dass eine Auftragsvergabe dem Beginn gleichzusetzen ist.Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Bodenuntersuchung, Beauftragung von Fachgutachten, Grunderwerb und Herrichten des Grundstücks (zum Beispiel Gebäudeabbruch, Planieren) nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung. Die Einholung einer Kostenschätzung wird ebenfalls nicht als Beginn der Fördermaßnahme gewertet.[ ]  Es wird ausdrücklich bestätigt, dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und noch kein Auftrag zur Ausführung erteilt wurde. Es wird außerdem ausdrücklich versichert, dass erst nach dem Erhalt des Zuwendungsbescheides mit der Maßnahme begonnen wird. |
| **8. Vorsteuerabzug** |
| Erklärung zum Vorsteuerabzug [ ]  Der Verein/Die Kommune ist nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt.[ ]  Wir rechnen mit einer Vorsteuerrückerstattung in Höhe von      % des  Mehrwertsteuersatzes (19 %)  |

|  |
| --- |
| **9. Finanzierungsplan**  |
| Gesamtkosten (Kostenberechnung, Kostenschätzung oder Angebot bitte beifügen, Einzelposten bitte addieren; das hier angegebene geplante Investitionsvolumen muss anhand der Kostenberechnungen etc. nachvollziehbar und prüfbar sein)zuwendungsfähige Kosten |       €      € |
| Finanzierung durch: |  |
| a. Eigenmittel (unterschriebene Erklärung der Bank beifügen, kein Kontoauszug!) |       € |
| b. Bankdarlehen (unterschriebene Erklärung der Bank beifügen, ggf. Darlehensangebot) |       € |
| c. Zuwendungen Dritter |  |
| Stadt/Gemeinde (Zuwendungsbescheid oder ggf. Inaussichtstellung beifügen) |       € |
| Landkreis (Zuwendungsbescheid oder ggf. Inaussichtstellung beifügen) |       € |
| Landessportbund (Zuwendungsbescheid oder ggf. Inaussichtstellung beifügen) |       € |
| Spenden (Nachweis über Eigenmittel oder Spendenbescheinigung beifügen) |       € |
| Sonstiges       (Nachweis beifügen) |       € |
| d. Umsatzsteuerrückerstattung (falls vorsteuerabzugsberechtigt) |       € |
| e. Beantragte Zuwendungen des Landes (bis zu 30% der zuwendungsfähigen Kosten, max. 50.000 €) |       € |
| **Summe**  |       € |
| **Wichtiger Hinweis:** Es können nur Vorhaben gefördert werden, deren Finanzierung gesichert ist! Alle im Finanzierungsplan zugrunde gelegten Beträge (außer Buchstaben d und e) sind durch schriftliche Nachweise zu belegen!. |
| Falls geplant: Gesamtsumme der Eigenleistungen durch Vereinsmitglieder bzw. Mitarbeitende (eine ausführliche Auflistung ist entsprechend dem [Merkblatt Eigenleistungen](https://familie.hessen.de/sites/familie.hessen.de/files/infodamlocalcopy/2024-02/merkblatt_eigenleistungen_2018.pdf) auf einer gesondert beizufügenden Anlage zu machen)     € |

|  |
| --- |
| **10. Kumulierung von Zuwendungen** |
| Sind für das gleiche Projekt bei einer anderen öffentlichen Stelle ebenfalls Zuwendungen beantragt oder sollen Zuwendungen beantragt werden?[ ]  ja [ ]  neinWurden von einer anderen Stelle bereits Mittel bewilligt oder in Aussicht gestellt?[ ]  ja [ ]  neinWenn ja, bei welcher Stelle in welcher Höhe (Zuwendungsbescheid oder ggf. Inaussichtstellung beifügen):     Wenn Anträge abgelehnt wurden, wie war die Begründung?      |
| **11. Baugenehmigung** |
| Für das Vorhaben liegt eine bauaufsichtliche Genehmigung vor[ ]  ja (bitte beifügen)[ ]  nein, das Vorhaben ist baugenehmigungsfrei[ ]  nein, noch nicht, weil       (ggf. Nachweis über die erfolgte Bauantragstellung beifügen) |

|  |
| --- |
| **12. Dem Antragsformular noch beizufügende Unterlagen** |

1. Bei baulichen Maßnahmen: Baupläne (soweit erforderlich, ansonsten Fehlanzeige)
2. Lageplan (die Lage des Flurstücks und dessen Flurstücksnummer müssen erkennbar sein)
3. Markierung bzw. Einzeichnung der geplanten Lage/Standorte in einem Lageplan, Grundriss, Luftbild oder einer Skizze
4. bauaufsichtliche Genehmigung (soweit erforderlich)
5. Befürwortende Stellungnahme
	* des Landkreises,
	* der Stadt/Gemeinde (sofern Antragsteller nicht die Stadt/Gemeinde selbst ist) sowie
	* des Sportkreises,

im Hinblick auf die Dringlichkeit der Maßnahme, ggf. mit Zusage der finanziellen Beteiligung

1. Nachweis der Eigentumsverhältnisse
	* bei Eigentum: Grundbuchauszug
	* bei Erbbaurecht: Auszug aus dem Erbbaugrundbuch oder Erbbauvertrag (Laufzeit ab Antragstellung mindestens 25 Jahre sofern sich das Grundstück im Eigentum einer Gebietskörperschaft befindet, ansonsten mindestens 66 Jahre)
	* bei Pacht: Pachtvertrag mit einer Laufzeit ab Antragstellung von mindestens 25 Jahren (nur bei Grundstücken im Eigentum einer Gebietskörperschaft)
2. Gemeinnützigkeitsbescheinigung (nicht älter als 3 Jahre)
3. Kostenvoranschlag/Kostenberechnung, ggf. unter Einschluss geplanter Eigenleistungen nach Höchstsätzen (10 €, 20 € bzw. 40 €, vgl. Merkblatt im Downloadbereich der Programmseite)
4. Nachweis einer gesicherten Gesamtfinanzierung/Finanzierungsplan (vgl. Nr. 9):
	* Eigenmittel/Darlehen (Bankbestätigung - kein Kontoauszug, bei Kommunen Auszug Haushaltsplan)
	* Aufstellung der Eigenleistungen (nach Höchstsätzen, vgl. Merkblatt)
	* Fremdmittel durch Förderzusagen (z.B. Landkreis, Stadt/Gemeinde, LSBH, Spendenbescheinigung, Sonstige)

|  |
| --- |
| Die Bewilligungsbehörde kann ggf. weitere Unterlagen anfordern, soweit dies für die Beurteilung der zur fördernden Maßnahme erforderlich ist. Der Förderantrag kann erst dann abschließend bearbeitet werden, wenn alle angeforderten Unterlagen vollständig vorliegen. |

|  |
| --- |
| **13. Besondere Hinweise** |

1. Von Vereinen/Verbänden, die Zuwendungen erhalten, die im Gesamten (also auch bei Finanzierung durch mehrere Stellen) weniger als 100.000 € betragen, sind keine vergaberechtlichen Vorgaben zu berücksichtigen.
2. Vereine/Verbände, die Zuwendungen erhalten, die im Gesamten (also auch bei Finanzierung durch mehrere Stellen) mehr als 100.000 € betragen, haben bei der Vergabe von Aufträgen die Tz. 2.1, 2.2 und 2.5 des Gemeinsamen Runderlasses zum öffentlichen Auftragswesen (Vergabeerlass) vom 10. August 2021 (StAnz. S. 1091) in der jeweils geltenden Fassung und die §§ 12 und 13 des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes vom 12. Juli 2021 (GVBl. S. 338) in der jeweils geltenden Fassung zu beachten.
3. Sofern es zur Gewährung einer Landeszuwendung kommt, haben Vereine/Verbände die allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P, § 44 LHO, Anlage 2) in ihrer geltenden Fassung zu beachten.
4. Kommunale Zuwendungsempfänger haben, sofern es zur Gewährung einer Landeszuwendung kommt, die allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-GK, § 44 LHO, Anlage 3) in ihrer geltenden Fassung zu beachten.
5. Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir gesamtschuldnerisch für die ordnungsgemäße Verwaltung der Fördermittel auch bei einem bevollmächtigten Projektträger hafte/n. Dies gilt auch für den zu führenden Verwendungsnachweis und eine eventuell erforderliche Rückzahlung von nicht zweckentsprechend verwendeten Fördermitteln.
6. Es wird ausdrücklich versichert, dass die antragstellende Institution nicht überwiegend durch Zuwendungen der öffentlichen Hand finanziert wird.
7. Mir/Uns ist bekannt, dass die Angaben in diesem Antrag subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 StGB sind (§ 2 Subventionsgesetz). Mir/Uns ist ferner die Strafbarkeit von Subventionsbetrug nach § 264 StGB bekannt.
8. Alle personenbezogenen Daten werden grundsätzlich nur zur Bearbeitung Ihres Antrages und zur Abwicklung des Förderverfahrens erhoben und vertraulich behandelt. Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. e DSGVO i. V. m. § 3 Abs. 1 HDSIG. Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Abteilung Sport im Hessischen Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege in der Sonnenberger Straße 2/2a in 65193 Wiesbaden.

Eine Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt nur im Rahmen der Vorgaben des geltenden Rechts, so dass dafür Sorge getragen wird, dass Ihre Daten nicht an Unberechtigte gelangen. Je nach Sachlage kann es erforderlich sein, Daten zu Ihrer Person auch an andere Stellen innerhalb der Landesverwaltung, Bundes- oder kommunale Behörden sowie den Landessportbund weiterzuleiten.

Sofern für Ihren Antrag eine Zuwendung gewährt wird, beträgt die Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten 30 Jahre ab dem Schluss des Kalenderjahres, in dem der Vorgang abgeschlossen wurde. Sollte Ihr Antrag abgelehnt oder anderweitig abgeschlossen werden, beträgt die regelmäßige Aufbewahrungs- und Speicherungsfrist grundsätzlich 5 Jahre.

Weitergehende Informationen zum Datenschutz im Hessischen Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege, insbesondere zum Datenschutzbeauftragten und zu Ihren Rechten, finden Sie unter <https://familie.hessen.de/datenschutz>.

**Abschließende Erklärung des antragstellenden Maßnahmenträgers:**

Hiermit wird die Gewährung einer Landeszuwendung für das geschilderte Vorhaben beantragt. Die in diesem Antragsformular gemachten Erklärungen werden ausdrücklich bestätigt.

Ort:      , den

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Rechtsverbindliche Unterschrift(en) (ggf. mit Vereinsstempel/Dienstsiegel)